

«Sie spielen mit dem Geld der Steuerzahlenden»

Für Bankenexperte Peter V. Kunz wirft der Fall Benko und der angebliche Kredit der GKB massive Fragen auf – auch mit Blick auf die Staatsgarantie für die Bank. Die Politik stehe nun in der Pflicht, genau hinzusehen.

mit Peter V. Kunz
sprach Gion-Mattias Durband

Die in der jüngsten Ausgabe der «Sonntagszeitung» publik gemachten E-Mails zwischen dem gefallenen österreichischen Immobilienmogul René Benko und dem Bankpräsidenten der Graubündner Kantonalbank, Peter Fanconi, sorgen gerade schweizweit für Schlagzeilen. Der Bericht wirft Fragen auf zur Rolle, die Fanconi bei Benkos Suche nach Krediten bei Schweizer Banken spielte (Ausgabe vom Dienstag). Mit Peter V. Kunz ordnet nun ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet die Vorkommnisse ein. Seit 2005 doziert Kunz an der Universität Bern Wirtschaftsrecht. Er hat sich auch vertieft mit Banken beschäftigt, mit den Systemrelevanten ebenso wie mit den Kantonalen.

Herr Kunz, wie haben Sie die Geschichte in der «Sonntagszeitung» aufgenommen?

Als Bankrechtsexperte schaue ich auf zwei Aspekte: Das eine ist die Frage der Legalität – und die ist noch offen. Die Abklärung, ob gegen Recht verstossen wurde, ist Sache der zuständigen Stellen, vom GKB-Bankrat über den Grossen Rat bis hin zur Finanzmarktaufsicht Finma in Bern. Zusätzlich geht es um die Frage der Legitimität und der Reputation. Und da muss ich sagen: Es sieht – untechnisch ausgedrückt – saublöd aus.

Zuerst zum Juristischen. Welche Fragen stellen sich da?

Vorweg: Rechtlich ist alles offen, und es gilt selbstverständlich die Unschuldsumutung. Es stehen noch keine konkreten Anschuldigungen im Raum. Wenn nun aber ein Bankpräsident mit einem potenziellen oder aktuellen Kunden etwa in die Ferien geht, steht die Thematik eines Interessenkonflikts im Raum. Wenn Fanconi, wie er sagt, nur Kontakte hergestellt hat, wäre er wohl im Prinzip fein raus. Wenn er aber bezüglich der angeblichen Kredite der GKB mit den Zuständigen in der Bank über das Geschäft gesprochen oder sich nur schon hätte informieren lassen, wäre die Grenze überschritten. Auf der anderen Seite stellt sich juristisch etwa die strafrechtliche Frage der Vorteilsannahme, einer Art der Bestechung.

Fanconi habe Reise und Aufenthalt selbst bezahlt, wird sein Sprecher zitiert.

Da gilt es abzuklären: Hat er wirklich nichts bekommen? Und: Hat er für alles den vollen Preis bezahlt? Selbst wenn dies alles zutrifft, er aber Zugang zu einem Angebot hatte, das beispielsweise Ihnen und mir nicht offensteht, sind wir im Graubereich einer Bevorzugung. Zudem wird sich die Finma mit der bankrechtlichen Frage befassen müssen, ob die von Führungspersonen verlangte Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit besteht oder nicht. Auch der Bankrat muss über die Bücher und sollte wohl eine externe Untersuchung einleiten, wenn er das nicht schon getan hat.

Neben den juristischen Fragen sprachen Sie eingangs die Reputation an.

Die GKB liess etwas rasch verlauten: alles im grünen Bereich. Es mag sein, dass alle Vorgänge im Zusammenhang mit dem mutmasslichen Kredit



Sieht viele offene Fragen, juristisch wie auch mit Blick auf den Ruf der GKB: Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz.

Pressebild

«Als Grossrat würde ich mich fragen: War das angebliche Investment in Signa/Benko ein Ausreisser?»

an Benko rechtens waren. Aber es sieht dennoch, wie gesagt, saublöd aus. Und das kann für eine Kantonalbank zum Problem werden. Gerade für solche Banken ist die Reputation ein sehr wichtiges Gut. Der Ruf entscheidet darüber, ob Kunden für ihr Darlehen, den Kredit oder das Sparbüchlein diese oder eine andere Bank auswählen.

Die Öffentlichkeit muss für Kantonalbanken ja auch potenziell mit ihrem Steuergeld bürgen, wenn die Staatsgarantie zum Tragen kommt.

Dem ist so. Darum kann ich auch schlecht verstehen, wieso die mittelgrossen Kantonalbanken mit den grossen Playern mitspielen wollen. Das angestammte Geschäftsmodell der Kantonalbanken ist das Hypothekengeschäft im eigenen Kanton. Und das ist auch richtig so, denn es ist relativ risikolos. Wenn sie sich auf die internationalen Märkte begeben, spielen sie mit der Staatsgarantie im Rücken nicht mit ihrem eigenen Geld, sondern mit dem der Steuerzahlenden. Darum kann eine Kantonalbank ja auch kaum Konkurs gehen – es würden einfach die Steuern erhöht. In den drei Kantonen Bern, Waadt und Genf standen die Kantonalbanken schon kurz vor dem Konkurs. Darum haben die dortigen Kantonalbanken heute auch keine Staatsgarantie mehr.

Daher untersteht eine Kantonalbank auch der politischen Kontrolle, oder?

Ja. Bei der GKB handelt es sich um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, quasi eine Staatsbank. Gegenüber anderen Kantonalbanken, die als

Aktiengesellschaft konstituiert sind, fehlt bei Öffentlich-Rechtlichen die disziplinierende Kontrolle durch die Aktionäre. Darum steht bei Kantonalbanken wie der GKB nebst der Finanzmarktaufsicht Finma auch die kantonale Politik in einer Aufsichtspflicht. Daher rechne ich auch damit, dass sich im Grossen Rat über kurz oder lang eine Untersuchung aufdrängt. Da bin ich nun gespannt, wie es in Graubünden weitergeht.

Gemäss Finanzdirektor Martin Bühler hat die Regierung nach einem klärenden Gespräch Herrn Fanconi am Montag ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen.

Ein Statement, es sei nichts Gravierendes vorgefallen, scheint verfrüht und reicht da nicht. Ich betone: Das bedeutet nicht, dass Herr Fanconi oder die GKB etwas falsch gemacht haben! Man muss es sich aber genau anschauen. Darum überrascht es mich, wenn die Regierung so schnell signalisiert: kein Problem. Die richtige Botschaft wäre: Wir wissen noch zu wenig, aber wir schauen uns das an.

Die GKB kommunizierte, dass der Bankrat, dem Präsident Fanconi angehört, in den Prozess der Kreditvergabe «nicht involviert» sei. Damit hätte Fanconi bei einem möglichen Kredit zugunsten Benkos auch nichts zu tun gehabt.

Das ist grundsätzlich auch gut so. Bei einem mutmasslichen Konsortialkredit mit einem Bündner Anteil in der Grössenordnung von über 60 Millionen Franken kann ich mir aber kaum vorstellen, dass dies im Bankrat nicht thematisiert wurde. Und wenn das Geschäft dort besprochen wurde, dürfte man von einem Bankrat erwarten, dass beim Namen Benko ein paar Alarmglockchen losgehen – war da nicht mal was?...

... Benko wurde bereits 2012 in einem Korruptionsprozess verurteilt.

Ja, Benko war kein Eins-a-Businesspartner, das hätte eine Ein-Minuten-Google-Suche rasch zutage gefördert. Auch das ihm gehörende Immobilien-

unternehmen Signa ist seit Langem als Blackbox mit völlig undurchsichtigen Strukturen bekannt. Aus diesen Gründen haben sich grosse Player wie eine UBS oder eine Zürcher Kantonalbank (ZKB) wohl auch nicht oder nur mit kleinen Summen an den Krediten beteiligt. Dass dafür kleinere und mittelgrosse Banken wie eine GKB offenbar mitmachten, wirft grundlegende Fragen auf. Ging bei manchen die Gier mit ihnen durch? Waren sie überfordert?

Wie erklären Sie sich das Engagement der kleinen und mittleren Kantonalbanken im Fall Benko?

Gerade die mittelgrossen Kantonalbanken leiden meiner Auffassung nach teils unter einem Minderwertigkeitskomplex. Auch sie wollen «bei den Grossen mitspielen». Mit der Wahl von Fanconi, der zuvor bei der viel grösseren Vontobel-Bank wirkte, haben die Bündner für das Bankpräsidium bewusst auf einen Risk-Taker gesetzt, einen bekannten Banker, der ohne Zweifel viel risikofreudiger unterwegs ist als der typische konservative Kantonalbanker. Und das wirkt sich auch auf die Geschäftstätigkeit aus. Gerade bei einer traditionell konservativen Bank wie der GKB.

Sehen Sie politischen Handlungsbedarf?

Wenn ich im Grossen Rat sässe, würde ich mich fragen: War das angebliche Investment in Signa/Benko ein einmaliger Ausreisser – und kam per Zufall genau dieser Ausreisser ans Licht? Oder liegen da noch mehr unentdeckte Leichen begraben? Also: Wie hat sich das generelle Anlageportfolio der GKB verändert? Die Finma wird sich diese Fragen stellen. Und der Bankrat und der Grosse Rat sollten dies meiner Meinung nach auch tun.



Das ganze Interview auf:
suedostschweiz.ch/graubuenden/gkb-kunz

Wirren um das Heim Casa S. Martin

Das Alters- und Pflegeheim in Trun leidet unter ungewöhnlich vielen Abgängen beim Pflegepersonal. Externe Hilfe ist nötig.

von Jano Felice Pajarola

Was ist los in der Casa S. Martin in Trun? Das 60-Betten-Heim für Betagte sieht sich seit letztem Herbst mit Kritik konfrontiert. Im Oktober hatte eine anhaltende Kündigungswelle beim Pflegepersonal für negative Schlagzeilen und Vorwürfe an die Adresse von Heimleiter Donat Nay gesorgt: Die Casa S. Martin musste derart viele Abgänge hinnehmen, dass acht der 60 Betten nicht mehr belegt werden konnten, wie Radiotelevisiun Svizra Rumantscha damals berichtete. Mehrere Betroffene machten Nays Verhalten gegenüber den Angestellten verantwortlich für ihre Kündigung. Der Präsident der Hauskommission, Daniel Tuor, stellte sich hinter den Heimleiter.

Im Januar folgte der zweite Akt: Nun äusserte auch der Hausarzt der Casa S. Martin Anschuldigungen gegen Nay. Ihm mangle es an den nötigen Kompetenzen, so der Arzt. Präsident und Hauskommission räumten zwar ein, man sei sich der ungewöhnlich hohen Fluktuation beim Personal bewusst, stehe aber nach wie vor voll und ganz hinter Nay.

Externe Fachperson engagiert

Als dritter Akt hat sich die Führung der Casa S. Martin nun am Dienstag in einer Medienmitteilung geäussert. Darin wird betont, nach der ersten Kündigungswelle vom Oktober habe man über ein Mandat eine externe Fachperson mit Führungsausbildung im Pflegebereich engagieren können. Gemeinsam mit ihr sei man nun daran, die Strukturen im Haus anzupassen und zu verändern. Hauskommission und Geschäftsleitung würden die Arbeit unterstützen. Ein Problem, das weiterhin bestehe, sei der Fachkräftemangel, davon sei aber nicht nur das Heim in Trun betroffen.

Das Fazit falle bis jetzt «ausserordentlich positiv» aus, der Betrieb funktioniere gut, die Sicherheit für die Bewohnenden sei gewährleistet. In Zusammenhang mit dem Heim gebe es auch keine Meldungen beim Gesundheitsamt, die ein Eingreifen des Kantons bedingen würden. Die Kommission stehe weiterhin voll hinter Tuor und Nay; die Vorwürfe gegen sie weise man «entschieden zurück».

INSERAT

ZERTIFIZIERT
GESUNDHEITSOPTIK

SCHÄRFER SEHEN

DR. CASTELBERG
OPTOMETRY

BAHNHOFSTRASSE 38 | 7302 LANDQUART
DR-CASTELBERG.CH | 0800 805 560